

Sprengsatz für das TTIP-Projekt

Entschädigungsklage Vattenfalls bringt deutsche Politik in Bredouille

Energieriese Vattenfall kämpft vor einem US-Schiedsgericht um Entschädigung für die Stilllegung von Atommeilern in Deutschland. Das Vorgehen könnte den Streit um das Handelsabkommen TTIP beflügeln.

GEORG ISMAR, dpa

New York/Berlin. Der Fall mit dem Aktenzeichen ARB/12/12 bereitet der Bundesregierung große Sorgen. Laut Fachleuten stehen die Chancen für den schwedischen Energiekonzern Vattenfall gar nicht so schlecht, dass er vor einem Internationalen Schiedsgericht in Washington Recht bekommt. Und der Bund bis zu 4,7 Milliarden Euro Schadenersatz für die 2011 nach Fukushima verfügte Stilllegung der Atommeiler Krümmel und Brunsbüttel in Schleswig-Holstein zahlen muss.

Aber Sorgen bereitet nicht nur der mögliche finanzielle Schaden. Schon jetzt kostet das Verfahren den Steuerzahler Geld. Die Bundesregierung gehe von rund neun Millionen Euro Verfahrenskosten für den Bund aus.

Auf seiner ersten USA-Reise hat Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel gerade den Zusammenhang zwischen dem Fall und den Verhandlungen über die weltweit größte Freihandelszone zwischen den USA und der EU (Transatlantic Trade and Invest-



Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erfuhr in den USA, wie weit die Ansichten beim geplanten Handelsabkommen TTIP auseinandergehen. Foto: dpa

ment Partnership – TTIP) betont. Einerseits hat die Vattenfall-Klage gar nichts mit TTIP zu tun. Im Rahmen der internationalen Energiecharta kann ein ausländisches Unternehmen bei Investitionsstreitigkeiten vor das seit 1966 bestehende Schiedsgericht in Washington ziehen. RWE und Eon können nur vor dem Verfassungsgericht gegen den Atomausstieg klagen.

Aber was wäre, wenn sie verlieren – Vattenfall in Washington aber gewinnt und der Steuerzahler den Schaden bezahlen muss? Das wäre vielleicht das K.o. in Deutschland für TTIP – auch hier könnte es die

Option geben, nationale Gerichte zu umgehen und vor Schiedsgerichte zu ziehen. Das Urteil könnte in die TTIP-Schlussverhandlungen fallen. Somit birgt die Causa viel Sprengsatz. Gabriel und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) können Schiedsgerichte bei TTIP aber nicht im Alleingang verhindern, viele Seiten pochen genau auf diese Option.

TTIP ist ein Wunschprojekt Merkels. Ein Scheitern wäre eine Blamage. China könnte lachender Dritter sein, wenn sich die beiden größten Wirtschaftsräume nicht auf den zollfreien Handel einigen können.

Vergangenen Freitag in New York: Gabriel ist bei der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer zu Gast. Und muss sich von deutschen Unternehmern etwas anhören, das den Forderungen der SPD und der Gewerkschaften diametral entgegensteht. Präsident Caroll Neubauer betont: „Das amerikanische Rechtssystem ist total kaputt und unglaublich teuer. Sie vergleichen sich hier ganz schnell im sechststelligen Bereich.“ Daher hätten sich Schiedsgerichtsverfahren bewährt, weil man sich der amerikanischen Gerichtsbarkeit entziehen könne. Die brauche man auch bei TTIP. Das sieht die IG-Metall ganz anders. Deren Chef Detlef Wetzel mobilisiert Widerstand gegen das Projekt. Ohne die größte Industriegewerkschaft der Welt kann Gabriel TTIP vergessen. Und ohne Deutschland kein TTIP, das bis 2015/2016 eigentlich ausgehandelt sein sollte.